

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 20/26
Telefax: 09 86 8-98-48 ppbn d

Inhalt

Elfriede Eilers MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenfragen und Parl. Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, weist die Forderung der Opposition nach einem Familiengeld als unseriös zurück. Seite 1-3

Günther Wuttke MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen und des Verwaltungsrates der Deutschen Bundespost, bezeichnet den CDU/CSU-Antrag auf Senkung der Telefongebühren als dilettantisch. Seite 4/5

Heinz Pensky MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für "Innere Sicherheit", sichert der Bundesregierung weitere Unterstützung bei der Verfolgung der Rauschgiftkriminalität zu. Seite 6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

34. Jahrgang / 35 / 19. Februar 1979

Familienpolitik mit Herz und mit Verstand

Familiengeld - ein nicht finanzierbarer Propagandaantrag der Opposition

Von Elfriede Eilers MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Im vergangenen Jahrzehnt war Familienpolitik ein Fachgebiet, in dem sich nur wenige politisch engagierte Menschen bemühten. Sie hatten es nicht immer leicht, oft haben sie sich mit diesen Problemen alleingelassen gefühlt. Auch die Familien selbst haben ihre Situation weniger durchdacht und vor allen Dingen sind sie mit ihren Vorstellungen und Forderungen kaum an die Öffentlichkeit getreten.

In den letzten Jahren ist zum Teil durch neue pädagogische Angebote, zum Teil aber auch durch mehr materielle Hilfen, die in der sozialliberalen Koalition den Familien angeboten wurde, in der breiten Öffentlichkeit, vor allen Dingen aber auch bei Politikern, die Sensibilität gewachsen, sich verstärkt um Familien und ihre Anliegen zu kümmern.

Das war notwendig und richtig. Die sozialdemokratische Partei hat durch die Erarbeitung eines familienpolitischen Programms in den letzten Jahren erheblich zu dieser Diskussion beigetragen.

Nun ist gerade in den letzten Wochen und Monaten von der CDU diese Diskussion - wenn auch zum Teil mit polemisch negativen Vorzeichen - in die Konfrontation getragen worden. Das hat seine Gründe:

Die CDU/CSU, zerstritten, geschüttelt von innerparteilichen Querelen, ohne sachliche Alternativen in allen Bereichen der Politik, unfähig, Entscheidungen zu treffen, gerät offensichtlich angesichts der anstehenden Wahlen und im Hinblick auf das desolatte Bild, das sie der Öffentlichkeit bieten, in Unruhe.

Deshalb stellt sie, um von ihrer eigenen Misere abzulenken - die Familie und die Familienpolitik der sozialliberalen Koalition in den Mittelpunkt der parteipolitischen Auseinander-

setzungen, in der Hoffnung, sich wenigstens in diesem Bereich zu profilieren.

Diese Hoffnung der CDU/CSU wird sich nicht erfüllen. Da die unbestreitbaren Erfolge der sozialliberalen Koalition gerade auch bei der Familienpolitik schlecht wegdiskutiert werden können, gebraucht die CDU/CSU einen Trick: Sie baut selbst ein Gespenst auf, nämlich die angebliche "Zerstörung der Familien" durch die bösen Sozialisten und Systemveränderer, um sich mit diesem Gespenst angesichts der staunenden Öffentlichkeit Scheingefechte zu liefern.

Der Begriff Familie, den die Opposition hier beschwört, hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Familie wird verstanden als heile Welt, unzerstörbare Idylle. Alle Probleme, mit denen die Gesellschaft von heute konfrontiert ist, könnten gelöst werden, gäbe es nur die Rückkehr zu dieser heilen Welt. Zu diesem Familienbild gehört die althergebrachte Rollenverteilung vom Mann, der arbeitet, das Geld verdient, von der Frau, die zu Hause bleibt, den Haushalt versorgt und die Kinder erzieht. Gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklungen werden einfach ignoriert.

Eine realistische, vernünftige und zukunftsweisende Familienpolitik ist aber verpflichtet, diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Es genügt nicht, zu klagen und die Uhr zurückdrehen zu wollen.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, betone ich ausdrücklich: Diese Bundesregierung und die sie tragenden Parteien bejahen die Familie. Das familienpolitische Programm der SPD stellt klar, daß die Familie, wie immer sie sich in ihren Strukturen und Aufgaben entwickelt, ein besonderer Orientierungspunkt sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik bleibt und unter dem besonderen Schutz staatlicher Ordnung steht.

Daß dies nicht nur Lippenbekenntnisse sind, sondern daß wir unserer besonderen Fürsorgepflicht für die Familien nachgekommen sind, beweisen die vielfältigen Reformen der sozialliberalen Koalition. Ich beschränke mich auf Stichworte:

- Reform des Nichteheleichenrechts,
- Reform des Familienlastenausgleichs,
- spürbare Erhöhung des Kindergeldes,
- Erleichterung der Adaptionen,
- Einbeziehung der Schulkinder in die gesetzliche Unfallversicherung,
- gestiegene Ausbildungsförderungsleistungen,
- Krankengeld und Freistellung eines berufstätigen Elternteils bei Erkrankung eines Kindes,
- Verbesserung und Sicherung der Wohnsituation von Familien.

Dies alles sind Faktoren, die entscheidend zur Verbesserung der Lebensqualität der Familien beigetragen haben. Die Einführung des Mütterurlaubs und die Einrichtung von Unterhaltsvorschußkassen werden ein weiterer wichtiger Schritt nach vorn sein.

Es gehört zu den Zielen und Pflichten einer verantwortungsbewußten Familienpolitik, gesellschaftlichen Entwicklungen und Realitäten Rechnung zu tragen. Insbesondere müssen wir auch für die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft sorgen, die benachteiligt sind und gehindert werden, sich zu entfalten. Ihnen gilt unsere besondere Fürsorge und Solidarität. Sie müssen soviel Entwicklungschancen, Zuwendung und Liebe erhalten, wie nur irgend möglich.

Dieses Ziel wollen wir mit der Reform des Jugendhilferechts und der elterlichen Sorge erreichen. Wir wehren uns ganz energisch gegen die Unterstellung, daß wir damit die intakte Familie zerstören, in sie hineinregulieren wollen.

Es ist eine Realität, daß immer mehr Frauen und Mütter berufstätig sind und es auch in Zukunft sein wollen oder müssen. Ihnen wollen wir mit der Einführung des Mutterschafts-

urlaubs helfen, ihre Doppelbelastung durch Beruf und Familie zu erleichtern und sich bei Garantie des Arbeitsplatzes der Pflege ihres Kindes zu widmen. Unser Vorschlag ist sozialpolitisch sinnvoll und solide finanziert.

Demgegenüber ist das kürzlich von den Sozialausschüssen der CDU geforderte Familiengeld reine Augenwischerei. Dieser Vorschlag ist unrealistisch, weil nicht finanzierbar. Schon einmal hat die CDU einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Erziehungsgeldes zurückgezogen, weil keine Deckungsvorschläge gemacht werden konnten. Es ist unseriös, Erwartungen zu wecken, die nicht zu erfüllen sind. Es ist unseriös, auf der einen Seite Forderungen in Milliardenhöhe zu stellen ohne zu sagen, wie die Finanzierung aussehen soll, auf der anderen Seite aber den Bund wegen hoher Staatsverschuldung anzuklagen.

Diese Haltung zeigt deutlich, daß die Opposition offensichtlich nicht damit rechnet, in absehbarer Zeit von den Wählern in die Situation versetzt zu werden, ihre Zusagen einlösen zu müssen.

Bei den familienpolitischen Aussagen und Forderungen der CDU/CSU fällt eine merkwürdige Verquickung von Ideologie mit handfesten wirtschaftlichen Interessen auf. So wird die berufstätige Frau immer dann gerne akzeptiert, wenn Arbeitskräftemangel herrscht. Dann werden die Frauen gebraucht und niemand fragt, wie sie dies mit ihrer Rolle als Mutter vereinbaren können - auch nicht die Heile-Welt-Strategen.

Nun ist die Situation eine andere. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit wird den Frauen wieder eingeredet, daß ihr angestammter Platz in Haushalt und Familie sei.

Wir wollen das Schicksal der Frauen nicht den Zufälligkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung überlassen. Wir möchten ihnen vielmehr bei besseren Ausbildungsangeboten die Wahlmöglichkeit zwischen Beruf und Familie, aber auch die Vereinbarkeit von beiden bei besserer Partnerschaft geben.

CDU/CSU-Familienpolitiker begründen im Übrigen ihre Forderungen nach Einführung des Familiengeldes nicht nur mit familienpolitischen Argumenten, auffällig oft spielt die Sorge um den Rückgang der Geburten die primäre Rolle. Im Vordergrund steht nicht so sehr die Frage nach dem Wohl des Kindes, sondern die Überlegung, wie die Geburtenzahl gesteigert werden kann, um den "Bestand des deutschen Volkes" zu gewährleisten und die Renten der Zukunft finanzieren zu können.

Nicht die Qualität, sondern Quantität ist die Parole. Nicht die Sorge um eine kinderfreundliche Umwelt, sondern der Anreiz, möglichst viele Kinder zu haben, ist das Hauptanliegen vieler Oppositionspolitiker, die sich neuerdings so gern der Familien annehmen. Gerade diese Politiker glauben, der sozialliberalen Koalition vorwerfen zu können, sie mißachte die Familie und die Leistung der Hausfrau.

Dieser Angriff geht in die falsche Richtung. Wir mißachten nicht die Rechte der Hausfrau. Wir achten ihre Leistung. Wir vermissen aber jeglichen Hinweis auf die Bedeutung, die die Väter für die Entwicklung der Kinder haben. Wo bleibt die Forderung nach Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, damit Mütter und Väter mehr Zeit für ihre Kinder haben?

Wo bleibt der Hinweis darauf, daß wir von Gleichberechtigung erst reden können, wenn es auch für Männer selbstverständlich ist, Einschränkungen im Beruf auf sich zu nehmen, um sich der Erziehung der Kinder zu widmen?

Hier bleibt noch vieles zu tun, um das Bewußtsein der Gesellschaft langfristig zu verändern. Um eine mehr kinder-, jugend- und familienfreundliche Gesellschaft zu gestalten, die sicher unser aller Ziel ist, bedarf es großer, gemeinsamer Anstrengungen. Verdächtigungen und Verunglimpfungen der Absichten des politischen Gegners, wie sie die CDU/CSU landauf/landab aus wahltaktischen Gründen betreibt, bringen uns diesem Ziel nicht näher. Die Bürger in diesem Lande werden sich nicht verunsichern lassen.

Die Leistungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Familienpolitik bei der sozialliberalen Koalition in den besten Händen ist. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Wir glauben und vertrauen darauf, daß diejenigen, auf die es ankommt, die unserer Hilfe bedürfen, wissen, daß wir die Interessen der Familien am besten vertreten. Diffamierungen, Unterstellungen und Propagandaanträge, für die keine Deckung vorhanden ist, werden auf die Dauer keine Chance haben. - Familienpolitik muß mit Herz, aber auch mit Verstand gemacht werden.

Senkung der Telefongebühren utopisch

Ein dilettantischer Antrag der Oppositionsfraktion

Von Günther Wuttke MdB

Mitglied des Ausschusses für Verkehr und für das Post und Fernmeldewesen und
des Verwaltungsrates der Deutschen Bundespost

Die Deutsche Bundespost hat das Jahr 1978 mit Gewinn abgeschlossen - und wenn die CDU/CSU bisher Defizite als Versagen der Bundesregierung hinstellt, macht sie ihr heute den Gewinn indirekt zum Vorwurf. Man kann es diesen Leuten eben niemals recht machen. So legten nun die opponierenden "Experten" im Namen der Fraktion der CDU/CSU einen Antrag vor, der zum Ziel hat, über Senkung der Fernspreckgebühren die "hohen Überschüsse im Fernmeldewesen" und damit die "ungerechtfertigte Überforderung der Telefonkunden" abzubauen.

Der Antrag der Unionsfraktion ist dilettantisch, denn wer über Postgebühren redet, muß von der wirtschaftlichen Situation der Bundespost ausgehen und diese ist nur über einen längeren Zeitraum zu beschreiben. Die Post hatte viele Jahre Verluste und einige Jahre Gewinn; insgesamt über 20 Jahre gesehen in etwa einen ausgeglichenen Saldo. Es ist keineswegs zu vertreten und kaufmännisch unmöglich, daß Unionspolitiker, darunter der frühere Postminister Dollinger, sich einzelne Jahresergebnisse herausuchen, sie interpretieren, wie es in ihren oppositionellen Rahmen paßt, um dann daraus ihre Politik konstruieren.

Eine seriöse Beurteilung darf nicht nur von der aktuellen wirtschaftlichen Situation, sondern muß auch von vorhersehbaren Trends und Risiken ausgehen. Festzustellen ist, daß die heutigen Gewinne in langfristiger Perspektive deutlich absinken werden.

Der Kostendeckungsgrad im Fernmeldewesen wird ebenfalls rückläufig sein. Dazu werden, trotz nachweisbarer Rationalisierungsanstrengungen, die Risiken im intensiven Postbereich, wo die Post in großem Umfang gemeinwirtschaftliche Leistungen erbringt, sicherlich nicht geringer. Darüber hinaus hat die CDU/CSU inzwischen vorgenommene und bereits angekündigte Gebührensenkungsmaßnahmen im Fernmeldewesen sicherlich bewußt durch ihren Antrag verschwiegen.

Allein im Jahre 1978 ergab sich eine Entlastung der Kunden in Höhe von 668 Millionen DM. Im einzelnen setzt sich diese Summe zusammen aus 15 Millionen DM durch kundenfreundlichere Regelungen, 23 Millionen DM durch Senkung der Telex-Verbindungsgebühr (ab 1. April 1978), 500 Millionen DM durch Senkung der pauschalen Grundgebühr für Hauptanschlüsse um fünf DM (ab Juli 1978) 60 Millionen DM für Senkung des Feierabendtarifs (ab 1. Juli 1978) und 70 Millionen DM für das Vorziehen des Mondscheintarifs an Samstagen.

Im Jahre 1979 werden die Kunden der Bundespost im Fernmeldebereich noch stärker entlastet.

Die Maßnahmen, die die Deutsche Bundespost nur für ein halbes Jahr belasteten, werden nun voll zu Buche schlagen (Feierabendtarif, Mondscheintarif, Telex-Verbindungs-

gebühr), Ausgaben für kundenfreundlichere Regelungen usw. werden erhöht. Neben anderen Gebührensenkungen wird die fühlbare Senkung der Fernsprechgebühr im Auslandsdienst die Bundespost ca. 300 Millionen DM kosten. Somit kann man errechnen, daß die Summe der Entlastung der Fernsprechkunden im Jahre 1979 ca. 1,6 Milliarden DM betragen wird.

Ausklammern darf man bei dieser Betrachtung nicht das neue Tarifsyst. den Nahdienst. Nach der stufenweisen bundesweiten Einführung, die bis 1982 dauern wird, kann man davon ausgehen, daß im Endzustand der Postkunde allein in diesem Bereich um 1,4 Milliarden DM entlastet wird.

Insgesamt ergibt sich dann, unter Berücksichtigung der Mindereinnahmen des neuen Tarifsyst. und der bereits beschlossenen Gebührensenkungen, künftig eine Entlastung für die Telefonkunden von ca. 3,4 Milliarden DM jährlich.

Und das übersieht die CDU/CSU großzügig. Dabei sollte sie wissen: Wer an Postgewinnen Anstoß nimmt sollte überlegen, daß auch Gewinne den Kunden durch Investitionen zugute kommen. Allein im Jahre 1978 wurden zum Beispiel fünf Milliarden DM für die normale Erweiterung des Fernmeldenetzes bereitgestellt. Für die Beseitigung der Engpässe zu bestimmten Zeiten des Monatscheintarifs sind 1,4 Milliarden DM erforderlich und der Ausbau des Selbstwählfernnetzes wird noch 1,9 Milliarden DM benötigen. Der Sachaufwand für Fernmeldeanlagen beträgt damit in den nächsten fünf Jahren über 25 Milliarden DM.

Verschiedene Investitionsvorhaben in Milliardenhöhe (z.B. Kabelfernsehen, Bildschirmtext usw.) sind noch hinzuzurechnen.

In dieser Sachlage ist die Behauptung der CDU/CSU von ungerechtfertigten Gebührenerhöhungen nur Polemik. Übrigens: Die letzte Gebührenerhöhung liegt vier Jahre zurück!

Es sei festgehalten: Der vorliegende Antrag der CDU/CSU enthält weder konkrete Vorschläge, welche einzelnen Gebühren in welchem Umfang gesenkt werden sollen, noch werden irgendwelche Deckungsvorschläge gemacht. Gleichzeitig hat die Unionsfraktion bei der Sonderablieferung an den Bund in Höhe von einer Milliarde DM mitgezogen. Sie gibt also mit dem Antrag zweimal Geld aus.

Die Deutsche Bundespost wird auch künftig, je nach der Entwicklung von Kosten und Ertragslage weitere Überlegungen im Gebührenbereich anstellen. Die Entwicklung ist heute mit noch zu vielen Risiken verbunden, als daß man über die getroffenen und geplanten Maßnahmen hinausgehen könnte. Deshalb dürfen keine vorschnellen Maßnahmen, wie der CDU/CSU-Antrag sie fordert, getroffen werden. (-/19.2.1979/ks/hqs)

Erfolge bei der Verfolgung von Rauschgiftdelikten

Zusammenarbeit mit Herkunftsländern der Drogen ist mühsam

Von Heinz Pensky MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für "Innere Sicherheit"

Obwohl die Polizei in Bund und Ländern in den letzten Jahren den Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität ungeheuer intensiviert hat, sind die Drogen weiter Problem Nr. 1:

Nach den bislang vorliegenden Zahlen wird das Jahr 1978 mit über 400 Rauschgift-toten einen neuen traurigen Rekord zu verzeichnen haben. Erneuter Beweis auch dafür, daß die Intensität des Rauschgiftkonsums, insbesondere von "harten Drogen" nicht nachgelassen hat.

Anderer Zahlen belegen dies:

Nach Schätzungen des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit wird die Zahl der Menschen, die in der Bundesrepublik von harten Drogen abhängig sind, auf 35.000 bis 45.000 geschätzt. Von der Polizei sind im Bundesgebiet allein im letzten Jahr rund 19.000 Personen festgestellt worden, von denen rund die Hälfte erstmals in Erscheinung getreten war.

Gestiegen gegenüber 1977 ist im Vorjahr auch die Zahl der Rauschgiftdelikte. Zwar ist der Anstieg um rund neun Prozent geringer als in den Vorjahren (+ 13,5 Prozent bei den Zahlen für illegalen Handel und Schmuggel), doch sind diese Zahlen noch immer schlimm genug. Die Statistik beweist aber auch, daß die Polizei enorme Anstrengungen unternimmt: Denn anders als in fast allen anderen Bereichen der Kriminalität sind durchweg alle bekanntgewordenen Rauschgiftfälle von der Polizei ermittelt. Anzeigen von dritter Seite gibt es in diesem Bereich der Kriminalität nicht. Erfolg der außer-ordentlichen Anstrengungen: fünf Tonnen Haschisch (1977 : 9,8 t) und 181 kg Heroin (1977 : 61 kg) konnten sichergestellt werden.

Diese Erfolge sind aber auch gleichzeitig sichtbarer Ausdruck der Bemühungen der sozialliberalen Bundesregierung, die den Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität als besonderen Schwerpunkt ihrer Kriminalitätspolitik herausgestellt hat. Ob die Polizei jedoch weiter so erfolgreich arbeiten kann, wird wesentlich davon abhängen, ob sie auch international vorankommt.

Im Klartext: Fortschritte in der Zusammenarbeit, vor allem mit den Herkunftsländern der Drogen, sind nur mühsam zu erreichen. Die SPD-Fraktion will die Bundesregierung bei ihrem Bemühen nach weiterer Verbesserung auf diesem Gebiet mit allen Kräften unterstützen. Sie ist der Überzeugung, daß die gemachten Fortschritte - ohne die Verbesserungen in der Zusammenarbeit der Länderpolizei im Bund zu vergessen - vielfach andernfalls hätten nicht erreicht werden können. (-/19.2.1979/ks/hgs)